



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2024/07020**
Datum: 19.03.2024
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Inés Brock-Harder
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	19.03.2024	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	20.03.2024	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	27.03.2024	öffentlich Entscheidung
Unterausschuss Haushaltskonsolidierung	21.05.2024	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	29.05.2024	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock-Harder (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erarbeitung eines Konzeptes zur kurz- und mittelfristigen Absenkung der Gewinnausschüttungen der Gesellschaften GWG mbH und HWG mbH (VII/2024/06693)

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

Der Oberbürgermeister, in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter, vertreten durch den Bürgermeister, wird beauftragt, mit den Gesellschaften GWG mbH und HWG mbH, vertreten durch die Geschäftsführerinnen, in Abstimmung mit den Aufsichtsräten ein Konzept zur kurz- und mittelfristigen Absenkung der Gewinnausschüttungen der beiden Gesellschaften auf ein ~~Niveau von Null~~ zu erarbeiten und dieses bis spätestens ~~Mai~~ **Juni** 2024 dem Stadtrat zur Behandlung vorzulegen. **Innerhalb dieses Konzeptes wird die Höhe der Absenkung der Gewinnausschüttungen an nachprüfbare Kenngrößen geknüpft, die den Stand der Erfüllung kommunaler Ziele zur Verbesserung der sozialen Lage in der Stadt Halle wiedergeben, zum Beispiel die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Familien**

mit mehreren Kindern oder die Anpassung von Gebäuden an die Erfordernisse des Klimaschutzes. Nach Beschluss durch den Stadtrat ist das Konzept in die Haushaltsplanungen ab 2025 ff. einzuarbeiten.

gez. Dr. Inés Brock-Harder
Stadträtin BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Begründung:

Im Stadtgebiet von Halle gibt es – abgesehen vom Stadtteil Halle Neustadt - einen von allen Akteuren bestätigten Mangel an bezahlbaren Mehrraumwohnungen, die den Bedürfnissen von Familien mit mehreren Kindern entsprechen. Hierbei geht es nicht um Sozialwohnungen, sondern um Wohnungen mit familienfreundlich geschnittenen Grundrissen mit mehreren Kinderzimmern, die mit angemessenen Mieten, die in etwa bei der im Mietspiegel ermittelten Durchschnittsmiete liegen, entsprechend bevorzugt an Familien vermietet werden. Um diesen Mangel abzubauen, sind Lenkungs- und Steuerungsinitiativen, eine differenzierte Sanierungsplanung und ggf. ein Lotsensystem erforderlich. Die Verknüpfung von Gewinnausschüttungen an die Erfüllung kommunaler Entwicklungsziele ist für städtische Unternehmen naheliegend, da sie nicht ausschließlich gewinnorientiert handeln, sondern grundsätzlich dem Gemeinwohl verpflichtet sind.